

# Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

3. Juni 2014

Ausgabe 08/2014



## GdP und LPP Schmidbauer beraten über Beförderungproblematik

Schwieriger hätten die Themen nicht sein können, die Spitzen der GdP Bayern mit dem Landespolizeipräsidenten Prof. Dr. Schmidbauer im Innenministerium zu besprechen hatten.

Gerichtsurteile stoppten die bewährte und in großen Teilen der Kollegenschaft akzeptierten Beförderungsrichtlinien. Wer in der 2. QE bleiben wollte, konnte sich bisher darauf verlassen, dass er bei durchschnittlicher Leistung und Beurteilung mit dem Erreichen des 43. Lebensjahres seine Zulage zum PHM/KHM

für Beförderungsfragen, Herrn Oberregierungsrat Rieger, hinzu. Der mittelfränkische GdP Bezirksvorsitzende Herbert Kern aus Schwabach schilderte zunächst die Stimmung im Frankenland. Werner Blaha, Bezirksvorsitzender der GdP Schwaben Süd und Personalratsvorsitzende im PP Kempten, bestätigte die aus Franken geschilderte Stimmung. Es vergehe keine Stunde, in der er entweder durch einen Anruf, eine Mail oder durch eine persönliche Vorsprache insbesondere von den Angehörigen der

2. QE, die kurz vor dem 43. Lebensjahr stehen, nicht zur Stellungnahme zu den durch das Gerichtsurteil aufgeworfenen Fragen aufgefordert wird. Solch eine frustrierende Situation habe er in den vielen Jahren seiner Personalratstätigkeit noch nicht erlebt. GdP-Landesvorsitzender Helmut Bahr machte deutlich, dass das Gerichtsurteil zwar das Problem der Beförderung nach A 9 + AZ plötzlich in den Mittelpunkt der Diskussionen



V.l.: Herbert Kern, Landespolizeipräsident Prof. Dr. Wilhelm Schmidbauer, Landesvorsitzender Helmut Bahr, Werner Blaha, MR Manfred Hauser, Peter Pytlik

bekommt. Nachdem diese Mindestaltersgrenze durch Gerichte als verfassungswidrig angesehen wurde, erfüllen jetzt plötzlich über 3000 Kolleginnen und Kollegen die Voraussetzung und verschärfen die Konkurrenz um diese Zulage ganz erheblich. Natürlich will jeder sofort befördert werden. Nachdem aber der Landtag nicht so viel Geld zur Verfügung stellt und die Beförderungen nur noch nach Beurteilungspunkten erfolgen, besteht der begründete Verdacht, dass in einigen Jahren Polizei- bzw. Kriminalhauptmeister in Pension gehen werden.

Zu dieser Problematik kommt hinzu, dass sich für die Kollegenschaft, die ein Studium an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege (FHVR) auf sich genommen hat, diese Qualifikation, dieser Fleiß für das Studium, diese Trennung von der Familie über 2 Jahre usw., auch lohnen muss. Im Bereich der Kriminalpolizei, der Dienstgruppenleiter und weiterer Sachbearbeiter gibt es viele diplomierte Hauptkommissare in der Besoldungsgruppe A 11, die unschätzbare Dienste in ihren jeweiligen Bereichen leisten und keine Aussicht haben, nach A 12 befördert zu werden, es sei denn, sie stehen kurz vor der Pension.

Nachdem die GdP diese Gesprächspunkte zur Diskussion beim LPP Prof. Dr. Schmidbauer angemeldet hatte, zog dieser als fachkundigen Ratgeber den Personalchef der Bayer. Polizei, Herrn Ministerialrat Hauser, und seinen Vertreter als Fachmann

rückte, man aber auch an die vielen Kolleginnen und Kollegen denken muss, die den Aufstieg in die 3. QE schafften und jetzt frustriert als Dienstgruppenleiter, Sachbearbeiter bei der Kriminalpolizei, Schutzpolizei oder im Stab im Besoldungsamt A 11 verweilen und keine Aussicht haben, vor der Altersbeförderung in das Besoldungsamt A 12 aufsteigen zu können. Es müsste eine Selbstverständlichkeit sein, dass man als diplomierter Verwaltungswirt (FH) in A 13, also im Endamt seiner Laufbahn, in Pension gehen kann. Ein Unterschied von 2 Gehaltsstufen zu den Kolleginnen und Kollegen, die in der 2. QE, teils aus eigenem Entschluss geblieben sind, müsste für das reiche Bundesland Bayern eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein.

Landespolizeipräsident Prof. Dr. Schmidbauer erklärte, dass sowohl Herr Innenminister Herrmann als auch er das Problem, welches aktuell durch das Gerichtsurteil wegen des Verbots der Mindestaltersgrenze entstanden ist, erkannt haben. Deswegen wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die Vorschläge für eine Lösung erarbeiten soll. Weder er noch der Innenminister wollen den Worst Case, dass Pensionsurkunden an Polizei- bzw. Kriminalhauptmeister ausgehändigt werden müssen.

Peter Pytlik, Vorsitzender des Landesfachausschusses Beamtenrecht/Besoldung, der für die GdP in dieser Arbeitsgruppe mitarbeitet, berichtete vom aktuellen Diskussionsstand. Er hätte sich nicht vorstellen können, dass die Lösung des durch das

### GdP und LPP Schmidbauer beraten über Beförderungssproblematik

Urteil des Gerichts verursachten Problems so schwierig sein würde. Obwohl der Polizeiberuf ein Erfahrungsberuf sei, würde nur noch Leistung zählen. Erfahrungen, die sich die Bärenführer durch viele Jahre Schichtdienst erarbeitet haben, zählen vor Gericht überhaupt nicht. Nur noch die durch ein Werturteil des Beurteilers erstellte Punktezahl würde über eine Beförderung entscheiden. Sowohl GdP-Landeschef Helmut Bahr als auch der LPP Prof. Dr. Schmidbauer waren sich einig darin, dass es richtig war, eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der GdP einzurichten. Auch unser Innenminister hat die Situation erkannt, dass man an den Beförderungen nach A 9 plus AZ als auch daran, dass sich das Studium an der Fachhochschule deutlich lohnen muss, gemeinsam arbeiten muss. Zwischen GdP und Innenministerium wurde die Aufarbeitung der Themen sowohl auf Arbeitsebene (Teilnahme der GdP an den entsprechenden Arbeitsgruppen)

als auch durch kurzfristige Gespräche zwischen Landespolizeipräsidenten Prof. Dr. Schmidbauer und dem Personalchef der Bayer. Polizei, Ministerialrat Hauser, vereinbart. Man war sich dabei einig, dass die Entscheidungen der Verwaltungsgerichte zurückliegend zur Beförderungsrangzahl und nun zur Mindestaltersgrenze juristisch nicht zu beanstanden seien. Gleichwohl ist bedauerlich, dass dadurch das jahrzehntelang bewährte, in hohem Maße von Kollegialität und Solidarität geprägte Laufbahn- und Beförderungssystem der Polizei nunmehr ausschließlich am Leistungsgrundsatz des Art. 33 Abs. 2 GG auszurichten ist.

Als GdP werden wir weiterhin versuchen, Verständnis für unsere Probleme bei der Politik zu finden, da letztendlich nur zusätzliche höherwertige Stellen die Probleme sowohl in der 2. QE als auch in der 3. QE, aber auch in den Spitzenämtern der 4. QE lösen werden. Von Herbert Kern, Vorsitzender BG Mittelfranken

### 7. Landesseniorenkonferenz: Günter Klinger als Seniorenvorsitzender bestätigt

Am 20. Mai fand in der Paul-Metz-Halle in Zirndorf die 7. Landesseniorenkonferenz der Gewerkschaft der Polizei Bayern statt, die dieses Mal unter dem Motto „In der Gegenwart - für unsere Zukunft!“ stand. Die knapp 50 Delegierten aus ganz Bayern wählten dabei einen neuen Landes-



Günter Klinger in seinem Element

seniorenvorsitzenden und diskutierten mit zahlreichen Ehrengästen aktuelle gewerkschaftspolitische und die Senioren betreffenden Probleme. Der bisherige Landes-

seniorenvorsitzende Günter Klinger wurde bei seinem Heimspiel in der Nähe von Fürth einstimmig im Amt bestätigt.

In seiner wie immer unterhaltsamen und kritischen Rede ging er auf die Herausforderungen ein, die der Eintritt in das Rentenalter mit sich bringt und forderte weiterhin ein aktives Engagement für die Gewerkschaft ein. In gewohnt sarkastischer Weise beschrieb er den Alltag eines „frischen“ Senioren und machte deutlich, dass Mitsprechen sich weiterhin eher lohne als sich zurückzuziehen. Wortwörtlich sagte er dabei: „Ich möchte aber gleichzei-

tig vor einem Rückzug der GdP-Senioren aus der Gesellschaft warnen. Es ist wichtig, dass wir als Gewerkschafter und Senioren erkennbar sind und nicht im Untergrund bleiben.“ Günter Klinger rechnete in seiner Rede auch mit einigen gesellschaftlichen Tendenzen ab, sei es die allgemeine Kritik an der Arbeit der Polizei im Alltagsgeschäft, bei Demo- und Fußball-Einsätzen oder speziell



LV Helmut Bahr gratuliert dem neuen und alten Vorsitzenden Günter Klinger

die Kritik von der Politik in der NSU-Affäre. Von „seinen“ Senioren forderte er Mitarbeit und Einmischung und vom Landesvorsitzenden mehr Gehör und Akzeptanz für eben diese Mitarbeit. Neben den drei ehemaligen bayerischen Seniorenvorsitzenden



Robert Wolf, Franz Dempf und Walter Röhling nahmen als Ehrengäste die MdL Petra Guttenberger (CSU), Horst Arnold (SPD), Eva Gottstein (FW) sowie der Polizeipräsident von Mittelfranken, Johann Rast, der Zirndorfer Bürgermeister Thomas Zwingel und der GdP-Bundesseniorenvorsitzende Winfried Wahlig an der Konferenz teil. In ihren Grußworten an die Delegierten hoben sie



Die neu gewählte Vorstandsschaft (v.l.): Hans Kormann, Albert Schulz, Fritz Leicht, Peter Huber, Ingrid Gruber, Friedrich Werner und Günter Klinger

### 7. Landesseniorenkonferenz: Günter Klinger als Seniorenvorsitzender bestätigt

allesamt das ehrenamtliche Engagement der Teilnehmer hervor und dankten ihnen ausdrücklich, da dies keinesfalls selbstverständlich sei. Der ebenfalls anwesende GdP-Landesvorsitzen-



**Ehregäste I (v.l.):** MdL Horst Arnold, Bürgermeister Thomas Zwingel, Bundesseniorenvors. Winfried Wahlig

de Helmut Bahr ging in seiner kurzen Ansprache auch auf die von der Politik häufig geäußerte Allgemeinkritik an der Polizei ein und forderte von den politisch Verantwortlichen Solidarität ein, die auch über den ein oder anderen Zwischenfall hinaus andauere. LV Bahr gratulierte dem neu gewählten Seniorenvorstand persönlich und wünschte ihm bei seiner Arbeit in der kommenden Amtsperiode ein glückliches Händchen.

Zu Stellvertretern von Günter Klinger wurden Friedrich Leicht von der BG Bereitschaftspolizei und Albert Schulz aus Unterfranken, ebenfalls ohne Gegenstimme, bestimmt. Ingrid Gruber aus München übernimmt als weitere stv. Vorsitzende wie bisher die Aufgabenbereiche Tarif und Frauen. Im Amt des Schriftführers wurde Peter Huber von der BG Schwaben Nord bestätigt. Hans Kormann aus Oberfranken wird zukünftig die Aufgabe des stv. Schriftführers übernehmen. Friedrich Werner

von der BG München ist wiederum für eine zweite Amtsperiode ins Amt des Finanzvorstands gewählt worden.

Die Delegierten besprachen bei der Diskussion der Anträge u.a. die Weichen der Seniorenpolitik für die nächsten fünf Jahre. In den Anträgen wurden vom Landesbezirk mehr Geld für Ehrungen langjähriger Mitglieder, eine bessere Repräsentation der Senioren bei landes- und bundesweiten Konferenzen sowie eine intensivere Fortbildungsarbeit gefordert. Die Schwerpunkte in der seniorenpolitischen Vertretungsarbeit sollen in den kommenden fünf Jahren insbesondere bei folgenden Gesetzesvorhaben gesetzt werden:

- Einschnitte bei der Versorgung, Beihilfe, Rente und Zusatzrente,
- Abkoppelung der Versorgungsempfänger bei Einkommenserhöhungen,



**Ehregäste II (v.l.):** Die ehemaligen Landesseniorenvorsitzenden Franz Dempf und Robert Wolf



**Ehregäste III (v.l.):** PP Johann Rast, MdL Eva Gottstein, MdL Petra Guttenberger

• Verschlechterungen in der Gesundheits- und Pflegepolitik  
Die Redaktion der GdP Bayern wünscht Günter Klinger und seinem Team eine erfolgreiche Arbeit sowie eine fruchtbare Zusammenarbeit. Weitere Impressionen von der 7. Landesseniorenkonferenz findet Ihr hier:

<http://www.gdp.de/gdp/gdpbay.nsf/id/LSK2014>

### „Wasserschutzpolizei in Bayern - auf dem richtigen Kurs?“

Unter diesem Motto stand eine Fachtagung der GdP, welche am 08.05.2014, auf dem MS „Brombachsee“ auf dem großen Brombachsee in Mittelfranken stattfand. Da es sicherlich genügend Gründe für diese Fragestellung gibt, trafen sich auf Initiative des Vorsitzenden der GdP Unterfranken, Holger Zimmermann und auf Einladung des Landesvorsitzenden der GdP Helmut Bahr, Kolleginnen und Kollegen der bayer. WSP, der Leiter der WSP-Zentralstelle, Herr Peter Werner, Polizeipräsidenten, Vizepräsidenten und Vertreter der einzelnen Polizeipräsidien und der Inspekteur der bayer. Polizei, Herr Thomas Hampel auf dem MS „Brombachsee“, das für diesen Zweck eine ideale und passende Tagungsstätte darstellte. Als außerbayerischer Gast war der Leiter der hessischen WSP, Herr Werner Velten, zugegen. Besonderer Gast war Herr Staatssekretär Gerhard Eck, der am Nachmittag an Bord kam. Moderiert und fachlich betreut wurde die Tagung von Thomas Daniel, Leiter der WSP Aschaffenburg und Mitglied im Bundesfachausschuss WSP der GdP.

Helmut Bahr stellte in seiner grundlegenden Rede fest, dass dieses Motto nicht nur eine Frage ist, sondern in einem Unterton

die Feststellung mitschwingt, dass es in Bayern überhaupt eine Wasserschutzpolizei gibt. Den meisten Kollegen der bayer. Polizei in grüner Uniform ist die WSP nur aus Werbeprospekten bekannt. Nur in den Bereichen wo eine WSP ansässig ist, gehören die Kollegen in blauer Uniform mehr oder weniger zum Erscheinungsbild innerhalb des Gesamtverbandes der Polizei in Bayern. Bei insgesamt nur 9 Wasserschutzpolizeigruppen an den Bundeswasserstraßen Main, Main-Donau-Kanal und Donau sowie der Wasserschutzpolizeigruppe Lindau am Bodensee dürfte sich dieser Bekanntheitsgrad auf den ganzen Freistaat bezogen allerdings in Grenzen halten. Insofern ist auch die scheinbare Bedeutung, zumindest die sichtbare Wahrnehmbarkeit dieser Kollegen in Blau eine eher geringe. Es war also höchste Zeit sich als Gewerkschaft, welche alle Kollegen gleichermaßen vertritt, den Belangen dieser speziellen Polizei anzunehmen und deren Aufgaben, Probleme und Zukunftsaussichten näher zu beleuchten und die Frage zu stellen, ob der richtige Kurs eingeschlagen ist, ob der Kurs nur etwas korrigiert werden sollte, oder ob das Ruder herumgerissen werden müsste.

### „Wasserschutzpolizei in Bayern - auf dem richtigen Kurs?“

#### Dienststärke der Wasserschutzpolizei in Bayern

Die Dienststärke der WSP in Bayern ist solch eine Frage. Die genannten 9 WSP-Gruppen an den Bundeswasserstraßen verfügen gerade einmal über 72 Beamte. Dies sind durchschnittlich 8 je wasserschutzpolizeilicher Organisationseinheit. Tatsächlich gibt es einzelne WSP-Gruppen deren tatsächliche Ist-Stärke



V.l.: PP Johann Rast (PP Mfr), EPHK Peter Werner (WSP-Zentralstelle), Peter Schall (stv. Landesvorsitzender GdP Bayern, Staatssekretär Gerhard Eck, Thomas Daniel (WSP), Helmut Bahr (Landesvorsitzender GdP Bayern)

lediglich 5 Beamte beträgt. Mit einer Länge von über 700 Km Bundeswasserstraßen ist Bayern nicht nur eines der wasser-, sondern auch der schifffahrtsreichsten Bundesländer in Deutschland.

An dieser Stelle wäre kurz zu erwähnen, wieso es überhaupt eine Wasserschutzpolizei in Bayern gibt. Im Jahr 1955 schloss Bayern, so wie damals alle anderen Bundesländer mit dem Bund einen Vertrag ab, nämlich die „Vereinbarung über die Ausübung der schiffahrtspolizeilichen Vollzugsaufgaben“. Demnach verpflichtet sich das Land Bayern die schiffahrtspolizeilichen Vollzugsaufgaben auf den Bundeswasserstraßen Main, Main-Donau-Kanal und Donau durch Polizeikräfte des Landes auszuüben, nämlich durch die Beamten und Beamtinnen der WSP. Diese vertragliche Regelung hat bis heute Bestand. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990 haben auch die neuen Bundesländer gleichlautende Verträge mit dem Bund abgeschlossen.

Man sollte also annehmen, dass die Wahrnehmung dieser Aufgaben im Bundesgebiet einigermaßen einheitlich erfolgt und für diese Aufgabenwahrnehmung auch einigermaßen gleich verteiltes Personal zur Verfügung steht. Leider ist dem mitnichten so. Obwohl sich durch den Freistaat Bayern eine ansehnliche Länge von rund um die Uhr befahrenen Bundeswasserstraßen ziehen, ist die wasserschutzpolizeiliche Präsenz von rund 70 Beamten im Gegensatz zu anderen Bundesländern kläglich gering. Als Beispiel hierfür kann die WSP-Gruppe Aschaffenburg mit einer Ist-Stärke von derzeit 7 Beamten genannt werden. Deren hessische Nachbardienststelle in Frankfurt hat eine Stärke von rund 30 Beamten und Beamtinnen, obwohl die dort zu betreuende Mainstrecke etwas kleiner ist.

#### Organisation der Wasserschutzpolizei in Bayern

Eine weitere wichtige und zentrale Frage, die es zu stellen gilt, wenn man nach dem richtigen Kurs fragt, ist die nach der Organisation der Wasserschutzpolizei in Bayern. Bis zur letzten Polizeireform in Bayern waren die jetzigen WSP-Gruppen als WSP-Stationen den damaligen Polizeidirektionen direkt nachgeordnet. Diese übten die Dienstaufsicht über ihre WSP-Stationen aus. Die Fachaufsicht lag bei der damaligen Wasserschutzpolizeidirektion Bayern mit Sitz in Nürnberg. Bereits damals war also die Dienst- und die Fachaufsicht getrennt.

Mit dieser Reform wurde den WSP-Stationen ihre Selbstständigkeit genommen, da sie als Gruppen in VPIs oder PIs eingegliedert wurden. Die vormalige WSP-Direktion Bayern wurde als Wasserschutzpolizeizentralstelle Bayern in das Sachgebiet E2 beim PP Mittelfranken integriert. Diese Zentralstelle übt nach wie vor die Fachaufsicht über die Wasserschutzpolizeigruppen in Bayern aus.

Im Ergebnis wurde die Trennung von Dienst- und Fachaufsicht beibehalten und gleichzeitig die Stellung der Organisationseinheiten der WSP geschwächt. Was bedeutet dies aber nun in der Praxis?

Um die eingangs genannten vertraglichen Pflichten zu erfüllen, ist es selbstverständlich erforderlich als gesamt-bayerische Wasserschutzpolizei agieren zu können, so wie dies alle Wasserschutzpolizeien der anderen Bundesländer auch tun. Sei es der tägliche Dienst, die Auslegung und vor allem Anwendung einheitlichen Rechts auf den Wasserstraßen oder auch die Anordnung und Durchführung von Sonderaktionen, Schwerpunkteinsätzen und dergleichen. Hier ist es schwerlich vorstellbar, dass eine Wasserschutzpolizeizentralstelle all dies in allen Einzelfällen erst mit allen 7 Polizeipräsidiën, welche über WSP-Standorte



MS „Brombachsee“: der perfekte Veranstaltungsort

verfügen, aushandeln und bürokratisch abklären muss. Leider ist dies aber bayerische Realität. Anzumerken ist, dass es diese Trennung der Dienst- und Fachaufsicht nur in Bayern und Brandenburg gibt. Die WSPen aller anderen Bundesländer werden in Gänze durch eine vorgesetzte Stelle der Wasserschutzpolizei geführt, ob dies nun eine WSP-Direktion, ein WSP-Amt oder eine WSP-Abteilung ist.

Zuletzt hatte man in Baden-Württemberg mit einer Trennung von Dienst- und Fachaufsicht experimentiert und die dortigen WSP-Stationen den örtlichen Polizeidirektionen nachgeordnet, also

### „Wasserschutzpolizei in Bayern - auf dem richtigen Kurs?“

das Modell Bayerns vor der Polizeireform abgebildet. Nach einigen wenigen Jahren Erfahrung mit dieser Organisationsform kam man dort zu der Erkenntnis, dass dies nicht der richtige Weg war und ist jetzt wieder zur Dienst- und Fachaufsicht in einer Hand, und zwar in der Hand der WSP in Form einer Wasserschutzpolizeidirektion zurückgekehrt. Diese Wasserschutzpolizeidirektion ist dort einem landesweit zuständigen Polizeipräsidium „Einsatz“ nachgeordnet.

Der Leiter der hessischen WSP, Werner Velten, stellte in seiner beeindruckenden Rede fest, dass nur eine Organisationsform,



„Ehrenkapitänsmütze“ für Staatssekretär Gerhard Eck, überreicht durch Helmut Bahr und Thomas Daniel

in der Dienst- und Fachaufsicht vereint sind, eine gut funktionierende Wasserschutzpolizei garantieren kann. In Hessen ist die WSP als eigene Abteilung innerhalb der Bereitschaftspolizei organisiert. Die einzelnen Standorte der WSP sind als Stationen dieser Abteilung direkt nachgeordnet.

In Bayern bringt die Trennung der Dienst- und Fachaufsicht als auch die Herabstufung der WSP-Stationen zu nicht selbstständigen WSP-Gruppen aber auch noch ein anderes, ganz gewichtiges Problem mit sich, nämlich die fachfremde Verwendung der Beamten und Beamtinnen der WSP in Bayern.

#### Fachfremde Verwendung

Die Mitarbeiter der WSP-Gruppen werden vielfach planmäßig, regelmäßig und in zum Teil erheblichen Ausmaß für Aufgaben außerhalb des eigentlichen Aufgabenbereiches eingesetzt, sei es als Bedo-Trupp, für Vorfuhrdienste, im regulären Schichtdienst einer PI oder für irgendwelche Sonderdienste aller Art. Mancher PI-Leiter dürfte die WSP also eher als eine frei verfügbare Manövriermasse als eine moderne Spezialeinheit ansehen. Natürlich ist dieses Manko vor allem in der Trennung von Dienst- und Fachaufsicht begründet. Es ist kaum anzunehmen, dass eine WSP-Zentralstelle, -direktion, -abteilung oder wie immer eine solche Stelle heißen könnte, ihr teuer ausgebildetes, qualifiziertes und mit teurem Spezialgerät ausgestattetes Personal in derartiger Weise fremdvergeben würde, hätte sie die Kompetenz, ausschließlich über ihre Mitarbeiter verfügen zu können. Im Ergebnis führt diese fachfremde Verwendung dazu, dass die wasserschutzpolizeiliche Präsenz auf den bayerischen Wasserstraßen kontinuierlich abnimmt.

Die planmäßige und zunehmend um sich greifende Fremdverwendung sollte so schnell wie möglich ein konsequentes Ende finden. Die ohnehin wenigen Spezialkräfte der bayerischen Wasserschutzpolizei müssen sich voll und ganz auf ihr eigentliches Aufgabengebiet konzentrieren können.

In einigen Polizeipräsidiien nehmen die WSP-Kräfte auch Aufgaben im Bereich der Umweltkriminalität außerhalb ihrer örtlichen Zuständigkeitsbereiche wahr. Soweit hierfür ausreichendes Personal zur Verfügung steht, die Wahrnehmung der schiffahrtspolizeilichen Vollzugsaufgaben nicht eingeschränkt wird und sich diese Tätigkeit wirklich nur auf gravierende bzw. nicht einfach gelagerte Fälle bezieht, ist aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei dagegen nichts einzuwenden. Diese Aufgabe steht schließlich im engen Zusammenhang mit dem originären Tätigkeitsfeld, verlangt ebenfalls Spezialwissen sowie die gleiche spezifische Ausstattung.

Ein weiterer kritikwürdiger Punkt, welchen die bayerische Polizeireform und die damit verbundene Integration der WSP-Stationen in die PIs / VPIs mit sich brachte, ist die Frage der Unterbringung der einzelnen WSP-Gruppen.

#### Unterbringung der einzelnen WSP-Gruppen

Es sollte außer Frage stehen, dass die Polizei im Allgemeinen für Ihre Bürger gut erreichbar sein muss, dass die Dienststellengebäude in oder in der Nähe der Bereiche der örtlichen Zuständigkeit sein müssen und dass sich die Einsatzmittel an der Dienststelle befinden um diese auch schnell einsetzen zu können. Dies ist im Allgemeinen auch bei der bayerischen Polizei selbstverständlich. Nicht selbstverständlich ist dies jedoch bei



unserer WSP. Mit der Reform wurden die bis dahin bestehenden Unterkünfte von WSP-Gruppen z.B. in Würzburg, Schweinfurt, Nürnberg und Lindau aufgegeben und diese nicht nur organisatorisch, sondern auch räumlich in die jeweiligen Dienststellen integriert. Dort ist es nun nicht mehr so, dass Schifffahrtstreibende, also die „Bürger für welche die WSP zuständig ist“ an oder in der Nähe der Dienststellen ihre Fahrzeuge festmachen und mit Ihren Anliegen zur WSP kommen können. Vor allem ist es dort aber auch nicht mehr so, dass die Kollegen im Einsatzfall mal eben schnell mit ihren Dienstbooten ausrücken können. Dort muss erst mit einem Dienst-Pkw umständlich zu den teilweise auch weiter entfernten Liegestellen der Boote defahren werden.



### „Wasserschutzpolizei in Bayern - auf dem richtigen Kurs?“

Das Dienstfahrzeug steht dann oft über viele Stunden an der Kai-mauer und steht ansonsten nicht mehr zur Verfügung. Es dürfte klar sein, dass ein professioneller Einsatz von Polizeikräften und Spezialgerät anders aussieht.

Letztendlich ist auch das Thema Dienstpostenbewertung der Führungskräfte dieser Spezialeinheit zu thematisieren. Der Leiter der Wasserschutzpolizeizentralstelle hat ein Amt der Besoldungsgruppe A 13 inne. Die Leiter der jetzigen WSP-Gruppen, welche vor der Reform größtenteils bereits langjährige Leiter der damals selbstständigen WSP-Stationen waren, können maximal die Besoldungsgruppe A 12 erreichen. Diese Dienstpostenbewertungen verkennt das tatsächliche Anforderungsprofil eines WSP-Leiters. Neben der allgemeinpolizeilichen Kompetenz ist seine fachliche Kompetenz in all ihren Facetten das herausragende Leistungsmerkmal. Daneben trägt er die Verantwortung für Einsatzgerät von Millionenwert.

Aus diesem Grund war es lange so, dass WSP-Leiter mit Kommisariatsleitern verglichen und sich die Besoldung in früheren Jahren auch daran orientiert hat. Es darf und sollte nicht sein, dass erfahrene WSP-Leiter nur wegen einer Beförderung ihren Posten verlassen. Das intensive Fachwissen und die bei der WSP so besonders wichtige langjährige Erfahrung gehen ansonsten damit verloren. Deswegen müssen die Führungsstellen der WSP endlich angemessen bewertet und angehoben werden, d.h. der Leiter der WSP-Zentralstelle in prüfungsfrei nach A 14 und die

Leiter der WSP-Gruppen müssen A 13 erreichen können. Die GdP Bayern hat dies auch schon in der Vergangenheit immer wieder gefordert und wird dies auch künftig mit Nachdruck tun.

#### GdP unterstreicht auch positive Entwicklungen der WSP

Neben all diesen Kritikpunkten richtete Helmut Bahr in seinen Ausführungen aber auch ein löbliches Wort an die politisch und polizeilich Verantwortlichen. In den letzten Jahren ist es gelungen, die Flotte der WSP-Dienstboote in Bayern zu modernisieren. Für Würzburg und Lindau wurden neue Boote gebaut. Für Schweinfurt ist zur Zeit ein Neubau in vollem Gange und in Aschaffenburg und Nürnberg wurden die Streckenboote in weitgehendem Umfang modernisiert. Sowohl das Ministerium als auch die betroffenen Präsidien mussten hierfür erhebliche Finanzmittel zur Verfügung stellen. Die Gewerkschaft der Polizei erkennt dies mit Respekt an, wurden und werden doch den Kolleginnen und Kollegen zeitgemäße und an den Aufgaben orientierte Einsatzboote zur Verfügung gestellt, welche nicht zuletzt auch den Belangen des Arbeitsschutzes Rechnung tragen.

Für die Erneuerung der bayer. WSP-Flotte hat sich Herr Staatssekretär Gerhard Eck maßgeblich und immer wieder nachdrücklich eingesetzt. Als Dank hierfür wurde Herrn Eck von Helmut Bahr und Thomas Daniel die „Ehrenkapitänsmütze“ der GdP überreicht.

### Malchow verurteilt zunehmende Respektlosigkeit gegenüber der Polizei

Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow hat in Interviews mit Fernsehsendern die zunehmende Respektlosigkeit und die immer häufiger werdenden Angriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte verurteilt. Es gehöre mittlerweile zum Alltag der Kolleginnen und Kollegen, aufs Übelste beschimpft und selbst auf Streifengängen massiv angegangen zu werden. Dabei komme es auch vermehrt zu körperlicher Gewalt, bis hin zu schweren Körperverletzungsdelikten.

Im Sat.1-Frühstücksfernsehen sagte Malchow: „Wir wollen eine bürgernahe Polizei sein. Aber wenn meinen Kolleginnen und Kollegen immer häufiger Beleidigungen und Gewalt widerfahren, gehen sie distanzierter in die Einsätze und die Sprache wird schroffer. Das wollen wir eigentlich nicht. Deshalb ist es notwendig, dass sich die Gesellschaft über diese Entwicklungen Gedanken macht.“ Der Bürger solle keine Angst haben vor der Polizei, betonte der GdP-Chef. Die Polizei habe den Rechtsstaat zu vertreten und damit das, was in gewählten Parlamenten in Gesetze gegossen werde.

Man müsse, so Malchow, polizeiliches Handeln auch kritisieren dürfen, doch solche Verhaltensweisen wie sie in einem Video zu sehen sind, seien nicht tolerabel. Diese seien, betonte der GdP-Chef im Interview mit dem Nachrichtensender N24, aber leider keine Einzelfälle. Mehr dazu unter:

<http://www.n24.de/n24/Mediathek/Videos/d/4810718/beamte-im-einsatz-uebel-beschimpft.html>

### Anpiff für das WM-Tipp-Spiel der Gewerkschaft der Polizei!



Wird Deutschland wieder Weltmeister? Nutzt Brasilien den Heimvorteil, um die begehrteste Fußball-Trophäe der Welt zu erringen? Welches Team ergreift die Außenseiterchance und hat die Hand am Cup? Wer auf keinen Fall Weltmeister wird, das wissen Sie ja sowieso schon! Erweisen Sie sich als Fußballkenner und tippen Sie im fairen Wettstreit mit Ihren Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaft der Polizei die Ergebnisse des größten Fußball-Events der Welt.

Brasilien 2014: Bald rollt der erste Ball. Am 12. Juni geht es los! Ob Sie eher defensiv kontrolliert tippen oder vielleicht lieber gleich in die Offensive gehen; Tiki-Taka machen die anderen. Hier wird auf Sieg gespielt. Die GdP wünscht Ihnen viel Glück! Alle Infos dazu findet Ihr auf:

[http://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/DE\\_GdP-WM-Tipp-Spiel](http://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/DE_GdP-WM-Tipp-Spiel)

MIT

sky



GdP Service GmbH

UND DER GdP

DIE WM 2014 **ERLEBEN!**

Wir haben für unsere GdP-Mitglieder rechtzeitig zur WM **drei Super-Angebote** geschnürt. Angebot aussuchen und aus den vier Sky-Paketen auswählen! **Achtung: Nur bis zum 30.06.!**



1. Angebot: **sky** Welt + 1 Paket + 1 gratis Sky Receiver

monatl. ~~34,90 €~~ **nur 19,90 €\* im 24 Monats-Abo = 360 € Ersparnis**

2. Angebot: **sky** Welt + 2 Pakete + 1 gratis Sky Receiver + **skygo**

monatl. ~~46,90 €~~ **nur 29,90 €\* im 24 Monats-Abo = 408 € Ersparnis**

3. Angebot: **sky** Welt + 3 Pakete + 1 gratis Sky Receiver + **skygo** + **HD**

monatl. ~~66,90 €~~ **nur 34,90 €\* im 24 Monats-Abo = 768 € Ersparnis**

**Bestellung unter: [www.gdp-rabatt.de](http://www.gdp-rabatt.de)**

Telefonische Beratung unter: 09 11 / 49 52 14 70 00 von Montag bis Freitag jeweils von 9 bis 18 Uhr durch unseren Partner Meinrabatt24 GmbH



Angebot gilt für Neu-Abonnenten (jeder Kunde ohne Sky Abonnement in den letzten 3 Monaten) bei Buchung von Sky Welt und einem Premiumpaket (Sport, Fußball Bundesliga und/oder Film) im 24 Monats-Abo (Monat der Freischaltung (anteilig) zzgl. 23 Monate für Sky Welt + 3 Premiumpakete; zzgl. einmalig € 39 Aktivierungsgebühr und € 12,90 Logistikpauschale. Alle Preise inkl. gesetzlicher MwSt. Dieses Angebot gilt für Kabel- oder Satellitenempfang. Ersparnisse im Vergleich zu den Standardpreisen. Angebot gültig bis 30.06.2014.

[www.gdp-servicegmbh.de](http://www.gdp-servicegmbh.de)

